

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den USA: Aspekte und Politische Perspektiven

Ariane Hegewisch¹

- Der Anteil berufstätiger Mütter ist in den USA höher als in Europa. Dabei sind die meisten von ihnen ganztags beschäftigt. Fast ein Drittel aller Haushalte werden von allein erziehenden Müttern oder Vätern geführt.
- Der Zuwachs von Frauen am Arbeitsmarkt wurde nicht von einer Verbesserung der staatlichen Unterstützung für berufstätige Eltern begleitet. Eltern sind bei der Kinderbetreuung weitgehend auf privatwirtschaftliche Angebote und ihre Eigeninitiative angewiesen. Trotzdem ist die Geburtenrate in den USA vergleichsweise hoch.
- Die Diskussion über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie polarisiert. Es wird befürchtet, dass Maßnahmen für größere Flexibilität, wie Teilzeitarbeit, vor allem Frauen in gehobenen Positionen zu Gute kommen könnten, während die meisten Familien eher subventionierte Kinderbetreuung oder bezahlten Urlaub benötigen würden.
- Teilzeitarbeit ist für viele Frauen keine wünschenswerte Alternative, da sie entweder das Karriereende oder eine Einkommensminderung ohne Reduzierung der Arbeitsstunden bedeutet.
- Der politische Druck zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aufgrund verschiedener kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren vergleichsweise gering. Gleichzeitig macht der flexible amerikanische Arbeitsmarkt eine solche Vereinbarkeit leichter als in Deutschland.
- Die Bundesstaaten haben eine Führungsrolle bei Gesetzesvorschlägen zur Unterstützung von berufstätigen Familien mit Kindern übernommen.

Anlässlich der Feierlichkeiten zur Eröffnung des 110. US-Kongresses am 5. Januar 2007 wurde mit Nancy Pelosi zum ersten Mal eine Frau als Vorsitzende des Repräsentanten-

hauses vereidigt. Kaum ein Medienbericht versäumte es, darauf hinzuweisen, dass sie Mutter von fünf Kindern und Großmutter von sechs Enkelkindern ist. In den Vereinigten

Staaten sind Frauen mit fünf Kindern wahrscheinlich ebenso selten in ranghohen politischen Positionen oder in den Chefetagen anzutreffen wie in Deutschland. Berufstätige Frauen mit Kindern sind jedoch keineswegs eine Seltenheit. Dies gilt auch für hohe Geburtenraten. Im Gegensatz zu fast allen anderen OECD-Ländern halten sich in den Vereinigten Staaten Geburtenrate und Sterblichkeitsziffer die Waage. Da die meisten berufstätigen Mütter ganztags beschäftigt sind und es nur wenig Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gibt, um die Doppelbelastung von Beruf und Familie zu reduzieren, überrascht es nicht, dass 'Zeitmangel' zu einem vorrangigen Beschwerdegrund geworden ist.

Eine hohe Berufstätigkeit von Müttern

Wie in den meisten OECD-Staaten sind auch in den Vereinigten Staaten im Laufe der letzten 30 Jahre rapide Zuwachsraten hinsichtlich der Anzahl berufstätiger Frauen zu verzeichnen gewesen. Frauen stellen 46% der gesamten Arbeitskräfte in den USA und knapp 60% aller Frauen sind berufstätig. Der prozentuale Anteil von Frauen mit minderjährigen Kindern ist höher: er liegt bei 70%, was eine Generationsverschiebung widerspiegelt. Diese Entwicklung unterscheidet sich nicht wesentlich von der in Deutschland. Ein abweichender Trend muss jedoch erwähnt werden: Die meisten Mütter sind ganztags beschäftigt, und selbst der Anteil von berufstätigen Müttern mit Kleinkindern ist hoch. In Deutschland gehen etwas mehr als ein Drittel der Mütter von Kindern unter drei Jahren einer bezahlten Arbeit nach. Zwei Drittel dieser Frauen sind teilzeitbeschäftigt. In den Vereinigten Staaten kehren mehr als die Hälfte aller Mütter innerhalb von 12 Monaten nach der Geburt eines Kindes auf den Arbeitsmarkt zurück; zwei Drittel von ihnen haben eine Ganztagsstelle.

Traditionelle Haushalte, in denen der Vater einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht und die Mutter Haushalt und Kinder versorgt, umfassen derzeit nur ein Viertel aller

Haushalte mit minderjährigen Kindern. Bei fast zwei Dritteln der Ehepaare mit Kindern stehen beide Partner im Berufsleben. Die Anzahl dieser Haushalte, in denen Kindern mit zwei Erwachsenen leben, ist allerdings stetig gefallen. Mehr als ein Fünftel aller Haushalte mit Kindern werden von allein erziehenden Müttern geführt, 8% von allein erziehenden Vätern.

Im Gegensatz zu den meisten Teilen Europas ist in den USA die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter berufstätig sind, bei allein erziehenden Müttern höher als bei verheirateten Müttern. Die Möglichkeit, sich als allein erziehende Mutter ganz der Kindererziehung zu widmen, ist wegen des weniger umfangreichen sozialen Netzes eingeschränkt. Bereits die Sozialhilfe- und Arbeitsmarktpolitik unter Präsident Clinton hatte den Druck auf Frauen erhöht, bezahlte Arbeit zu finden. Es wurden strenge Auflagen hinsichtlich Jobsuche und Arbeit erlassen. Dies wurde allerdings unterstützt mit finanzieller Beihilfe für die durch den Einstieg ins Arbeitsleben entstehenden Kosten für Kinderbetreuung und Anfahrt. Für Familien mit Niedriglohnjobs bietet die steuerliche Begünstigung durch den *Earned Income Tax Credit*² einen zusätzlichen Anreiz, einer bezahlten Beschäftigung nachzugehen.

Der Zuwachs von Frauen am Arbeitsmarkt ist nicht mit einer gleichzeitigen Verbesserung der staatlichen Unterstützung für berufstätige Eltern einhergegangen. Es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf bezahlten Mutterschaftsurlaub. Vor ca. 15 Jahren wurde durch den *Family and Medical Leave Act (FMLA)* unbezahlter Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub (sowie im Falle schwerer Erkrankungen) bis zu 12 Wochen pro Jahr eingeführt. Dies kommt aber aufgrund der Einschränkungen und der Begrenzung auf größere Arbeitgeber für nur knapp die Hälfte aller Arbeitnehmer in Frage. Es besteht auch kein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub oder bezahlte Krankentage, auch nicht im Falle der Erkrankung eines Kindes (ausgenommen für den Fall einer schweren

Erkrankung, der unter dem *FMLA* unbezahlten Urlaub gestattet). Es gibt keine gesetzlich festgelegte Begrenzung der Arbeitsstunden oder das Recht auf Ruhepausen zwischen Arbeitstagen. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Wochenarbeitsstunden insbesondere für Fachkräfte in gehobenen Positionen gestiegen. Mehr als die Hälfte aller berufstätigen Eltern mit zwei Einkommen arbeiten insgesamt über 80 Stunden pro Woche, also wesentlich länger als in anderen OECD Ländern.³ Zwei Drittel der berufstätigen Eltern klagen über 'Zeitnot', d.h. zu wenig Zeit für ihre Kinder und Ehepartner.

Wenig öffentliche Kinderbetreuung

Was die Kinderbetreuung anbelangt, sind Eltern weitgehend auf das privatwirtschaftliche Angebot und ihre Eigeninitiative angewiesen. Für jüngere Kinder gibt es kaum staatliche Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Weniger als 10 Staaten haben die allgemeine Schulpflicht für Fünfjährige eingeführt. Staatliche Programme wie *Head Start*⁴ betreuen nur etwas mehr als 5% aller Kinder unter fünf Jahren. Die staatliche Unterstützung für Kinderbetreuung ist vorwiegend auf steuerliche Vergünstigungen beschränkt. Weniger als ein Drittel aller Familien haben die Möglichkeit, ihre Kinder in organisierten Einrichtungen betreuen zu lassen. Außerdem ist die Kinderbetreuung teuer. Die Kosten hängen weitgehend vom Wohnort der Familie ab, können in Großstädten durchaus \$1000 pro Monat betragen, für Kleinkinder sogar noch mehr. Eine Nanny oder ein Au-pair bedeutet eher die Ausnahme und ist nur für 4% aller Familien bezahlbar. Eltern sind vorwiegend auf sich selbst oder Angehörige für die Betreuung ihrer Kinder angewiesen.

Vereinbarkeit ermöglicht durch Arbeitgeber?

Ebenso wie in Deutschland findet auch in den USA eine lebhafte Diskussion über die Notwendigkeit statt, dass Unternehmen ihre

Beschäftigungspraktiken den Bedürfnissen erwerbstätiger Familien anpassen müssen. Dabei stehen Beschäftigte im oberen Verdienbereich im Mittelpunkt der Diskussion – Fachkräfte, akademisches Personal und Angehörige des Managements. In letzter Zeit haben jedoch Verbände, wie das *Families and Work Institute* und *Corporate Voices for Working Families*, wirtschaftliche Argumente angeführt, warum es sinnvoll ist, auch Personal in niedrigeren Gehaltsstufen in diese Firmenpolitik einzubeziehen. Freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber füllen die Gesetzeslücke nur zu einem gewissen Grad. 80% der Arbeitnehmer haben zumindest einige bezahlte Urlaubstage, aber nur jeder zweite Arbeitnehmer erhält Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.⁵ Insgesamt sind die Leistungen der Arbeitgeber jedoch gering. Zwei Drittel der Familien mit niedrigen Einkommen stehen insgesamt 10 oder weniger bezahlte Tage pro Jahr für Urlaub und Krankheit zu. Über 40% aller Mütter erhalten nach der Geburt des ersten Kindes kein Gehalt für die Dauer ihres Mutterschaftsurlaubs.⁶

Viele Firmen bringen vor, dass sie Arbeitnehmern mit kleinen Kindern die Möglichkeit bieten, zur Teilzeitbeschäftigung überzugehen und eine beträchtliche Anzahl verheirateter Mütter ist in der Tat teilzeitbeschäftigt. Ein rechtlicher Anspruch auf reduzierte Arbeitsstunden wie in Deutschland besteht dabei aber nicht. Mütter, die zur Teilzeitbeschäftigung übergehen, klagen oft, dass diese Entscheidung das Ende ihrer Karriere bedeutet oder dass sie lediglich zu einer Einkommensminderung ohne gleichzeitige Reduzierung der Arbeitsstunden führt. Viele Teilzeitbeschäftigte haben weder einen Anspruch auf bezahlte Kranken- oder Urlaubstage, noch sind sie renten- oder krankenversichert.

Europa hat das Gesetz gegen mittelbare Diskriminierung von den USA für die Gesetzgebung zur Geschlechterdiskriminierung übernommen. Es wurde zur Grundlage der gesetzlichen Regelung von Teilzeitbeschäftigung. Versuche, die gleiche Argumentation

an amerikanischen Gerichten einzubringen, sind bisher gescheitert.

Beruf oder Familie – Eine freie Entscheidung?

Im Laufe der letzten Jahre hat die Presse mit wachsender Faszination über die angeblich steigende Anzahl von Frauen in gehobenen Positionen und mit Abschlüssen von *Ivy League*-Universitäten berichtet, die ihre glanzvolle Karriere aufgeben, um ausschließlich die Freuden der Mutterschaft zu genießen. Während sich die Presseberichte vorwiegend auf die Attraktivität der Mutterrolle konzentrieren, legen gründlichere Untersuchungen nahe, dass die Aufgabe ihres Arbeitsplatzes für die meisten dieser Frauen keine freiwillige Entscheidung war, sondern dass ihnen diese Entscheidung aufgezwungen wurde. Diskriminierung, die Mütter am Arbeitsplatz erleben – lange Arbeitstage und Inflexibilität – führt so oft zur Aufgabe der Karriere. Allerdings verdeutlicht der öffentliche Diskurs das Ausmaß der immer noch bestehenden Schwierigkeiten, Arbeit und Familie miteinander in Einklang zu bringen.

Worin unterscheidet sich Amerika?

Was veranlasst Familien, ihr Berufsleben nach diesem Muster – Aufgabe der Karriere der Mutter – zu gestalten oder anders formuliert: Warum wird nicht mehr Druck ausgeübt, damit Arbeit und Familie leichter miteinander vereinbart werden können? Neben umfangreichen kulturellen Faktoren, wie z.B.

1. dem großen Gewicht, das individueller Verantwortlichkeit beigemessen wird,
 2. dem Misstrauen, das staatlicher Regulierung entgegengebracht wird,
 3. dem wesentlich stärkeren Einfluss religiöser Organisationen und
 4. der Tendenz, Kinder mehr als persönliches Gut denn als Beitrag zum Gemeinwohl zu betrachten,
- müssen einige wirtschaftliche und politische Faktoren berücksichtigt werden.

Die Vereinigten Staaten unterscheiden sich in einem weiteren Punkt von anderen OECD-Staaten: Geburtenrate und Sterblichkeitsziffer halten sich die Waage (bei 2,1 Kindern pro Frau). Anders als manchmal behauptet wird, kann dieser Sachverhalt nicht vorwiegend auf den Einfluss von Einwandererfamilien zurückgeführt werden: Selbst wenn diese nicht in die Statistik einbezogen werden, ist die Geburtenrate höher als in den meisten europäischen Staaten. Dies trifft auch auf Frauen mit akademischer Ausbildung zu. Etwa ein Viertel aller 40- bis 45jährigen Frauen mit *College*-Abschluss sind kinderlos. Die durchschnittliche Geburtenrate dieser Altersgruppe liegt bei 1,6.⁷ Themen wie die Überalterung der Bevölkerung oder die 'Baby Boomers',⁸ die in absehbarer Zeit das Rentenalter erreichen, werden häufig diskutiert. Beide Themen weisen jedoch lediglich auf die sinkende Wachstumsrate hinsichtlich der arbeitnehmenden Bevölkerung hin, nicht auf eine absolute Verminderung der Gesamtzahl der Arbeitnehmer. Politiker sehen deshalb keine dringende Notwendigkeit, kinderfreundliche politische Maßnahmen zu initiieren. Auch die große Zahl von Zuwanderern vermindert den politischen Druck.

Stagnierende Realeinkommen erfordern zwei Gehaltsempfänger

Viele Familien können sich eine Reduzierung der Arbeitsstunden nicht leisten. Die Realeinkommen für typisch männliche Jobs im mittleren Einkommensbereich – also Arbeitnehmer, die nicht in *knowledge economy* Berufen arbeiten, für die eine hohe Nachfrage besteht – stagnieren seit Mitte der 1980er Jahre. Hingegen sind die Kosten für Gesundheitsfürsorge, *College*-Ausbildung und Wohnen signifikant gestiegen. Das Einkommen der Frau ist somit essentieller Bestandteil des Haushaltsbudgets. Wobei anzumerken ist, dass es in den Vereinigten Staaten zwar nicht leicht, aber dennoch wesentlich einfacher ist als in Deutschland, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Die Flexibilität des amerikanischen

Arbeitsmarktes erleichtert wiederholtes berufliches Ein- und Aussteigen. Aus- und Fortbildung können in den meisten Fällen in Abendkursen absolviert werden. Zudem gibt es mehr Angebote für Stellen außerhalb der üblichen Arbeitszeiten, obwohl diese nicht als ideal gelten.

Die Frauenbewegung und politische Prioritäten

Die amerikanische Frauenbewegung hat erheblichen politischen Druck in den Bereichen Kinderbetreuung und Urlaubsanspruch ausgeübt. Es herrscht jedoch zweifellos eine ambivalente Einstellung, denn man befürchtet, dass politische Maßnahmen, die ausschließlich dem Wohl berufstätiger Mütter dienen, für diese unbeabsichtigt zu mehr Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt führen könnten. Zehn Jahre Lobbying waren erforderlich bis der schon erwähnte *Family and Medical Leave Act* 1993 Gesetz wurde, weil die Befürworter darauf bestanden, dass das Gesetz nicht nur Frauen das Recht auf Schwangerschaftsurlaub garantiert, sondern dass es Männern und Frauen das Anrecht auf Urlaub im Falle eigener schwerer Erkrankung oder schwerer Erkrankung von Familienangehörigen gewährt, ohne den Arbeitsplatz zu gefährden. Einen Gesetzesvorschlag für einen Anspruch auf Schwangerschaftsurlaub allein hätte die damalige republikanische Regierung angenommen.

Ein weiterer Aspekt, der den Grund für den Mangel an Begeisterung für politische Maßnahmen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhellt, ist die Auffassung insbesondere unter progressiven Politikern und Interessengruppen, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Flexibilität und der Attraktivität von Teilzeitarbeitsplätzen vor allem den Bedürfnissen von Frauen in gehobenen Berufen und in Managerpositionen entgegenkommen. Diese Frauen sind wirtschaftlich gut gestellt und haben daher keine Priorität. Stattdessen sollte die Konzentration auf Maßnahmen zur

Verbesserung des Basiseinkommens und der Arbeitsmöglichkeiten von Familien mit geringen Einkommen liegen.

Das Problem der Gesundheitsfürsorge

Zum Abschluss muss noch das größte Sorgenkind erwähnt werden: die Gesundheitsfürsorge. Die dringende Notwendigkeit, nach Lösungen für die Explosion der Krankenversicherungskosten für Arbeitgeber und für die rapide ansteigende Zahl der Amerikaner, die nicht krankenversichert sind (derzeit 46 Millionen), zu suchen, führt dazu, dass andere politische Initiativen in den Hintergrund gedrängt werden. Die Gesundheitsfürsorge wird von den Gewerkschaften als Grund angeführt, warum sie die Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten nicht anfechten. Ihr Argument: Würden 'gute' Arbeitgeber gezwungen, auch Teilzeitangestellten Krankenversicherung zu gewähren, würde das wegen steigender Lohnnebenkosten ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Arbeitgebern wie *Walmart*, deren Angestellte insgesamt nur geringe Sozialleistungen erhalten, verschlechtern. Die Arbeitgeber argumentieren, dass die Krankenversicherungskosten so massiv angestiegen sind, dass politische Maßnahmen, die mit einer weiteren Kostensteigerung verbunden sind, nicht tragbar seien. Auch wegen der größeren Anzahl von Schadensersatzklagen gegen Arbeitgeber reagieren diese mit Argwohn auf neue Gesetzesvorschläge. In Fällen von Diskriminierung am Arbeitsplatz sind Schadensersatzansprüche von \$100.000 durchaus keine Seltenheit.

Bundesstaaten haben Vorreiterrolle

Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses, hat sich als vorrangiges Ziel gesetzt, für das Wohl amerikanischer Kinder zu wirken. Zielgruppe der angestrebten politischen Maßnahmen sind vorwiegend Familien mit geringen Einkommen. Gesetzesvorhaben, wie die Erhöhung des Mindestlohnes und der Steuerfreibeträge für Studiengebühren für Familien mit niedrigen

Einkommen, sind schon in den ersten Tagen des neuen Kongresses im Repräsentantenhaus verabschiedet worden. Andererseits stehen auf Bundesebene gezieltere Maßnahmen wie mehr Finanzierung für Kinderbetreuung nicht auf der Prioritätenliste der Demokratischen Partei. Da die Demokraten nach dem 'Pay-as-you-go-Prinzip'⁹ operieren, um das Haushaltsdefizit zu drosseln, werden alle neuen Projekte, die mit erheblichen Kosten verbunden sind, blockiert.

Die Bundesstaaten haben schon seit geraumer Zeit die Führungsrolle bei Gesetzesvorschlägen zur Unterstützung von berufstätigen Familien mit Kindern übernommen. Nachdem sie über mehrere Jahre hinweg ihre Ausgaben stark drosseln mussten, hat sich die finanzielle Situation vieler Bundesstaaten erholt, was in einigen Staaten zu größerem Interesse an der Erweiterung vorschulischer Erziehung und/oder schulischer Nachmittagsbetreuung geführt hat. In einigen Bundesstaaten waren die Initiativen zur Erhöhung des Mindestlohns erfolgreich, was zweifellos den Weg für entsprechende Initiativen auf Bundesebene geebnet hat. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für den gesetzlichen Anspruch auf bezahlten Kranken- und Mutterschaftsurlaub ab.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2008

Dem 110. Kongress bleibt nur wenig Zeit, bis sich die politische Aufmerksamkeit auf den Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2008 konzentrieren wird. Im letzten Wahlkampf um die Präsidentschaft fehlte jegliche Diskussion zum Thema Arbeit und Familie. Im kommenden Wahlkampf wird das Thema voraussichtlich mehr Beachtung finden, denn mindestens drei der demokratischen KandidatInnen – die Senatoren Hillary Clinton, Barack Obama und Chris Dodd, der vor kurzem einen Senatsausschuss zum Thema 'Kinder, Arbeit und Familie' gegründet hat, dem Mitglieder beider Parteien angehören – haben öffentlich verkündet, dass sie sich für eine arbeit-

nehmerfreundlichere Familienpolitik einsetzen wollen.

Washington, DC – 29. März 2007

Übersetzung: Niels Thomas Clegg

Die hier dargestellte Position der Autorin spiegelt nicht zwangsläufig die Position der FES oder der Organisation wider, für die die Autorin arbeitet.

¹ Ariane Hegewisch ist International Fellow am Center for WorkLife Law der UC Hastings und am Institute for Women's Policy Research in Washington, DC.

² Der *Earned Income Tax Credit (EITC)* ist eine Steuergutschrift, welcher die Steuerlast von Arbeitnehmern mit niedrigem Einkommen verringert oder sogar ganz aufhebt. Der EITC wurde 1975 verabschiedet und ist heute eines der größten staatlichen Programme zur Armutsbekämpfung.

³ Gornick, J. and Myers, M. (2003): *Families that work: Policies for reconciling work and employment*, Russell Sage Foundation Press, New York.

⁴ Ein Programm, das in den 60er Jahren ins Leben gerufen wurde, um der schulischen Benachteiligung von Kindern aus armen Familien entgegenzuwirken.

⁵ Lovell, V. (2004): *No time to be sick: Why everyone suffers when workers don't have paid sick leave*, Report no. B242, Institute for Women's Policy Research, Washington D.C.

⁶ Overturf Johnson, J. and Downs, B. (2005): *Maternity leave and employment patterns: 1961 – 2000*; Current Population Report, P70-103. U.S. Census Bureau, Washington DC, October 2006.

⁷ Dye, Jane Lawler (2005): *Fertility of American Women: June 2004*; Current Population Report, P20-55, U.S. Census Bureau, Washington DC, December 2006.

⁸ So werden in den USA die geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg genannt.

⁹ Dieses Prinzip besagt, dass nur die politischen Maßnahmen finanziert werden können, für die es vorhandene Gelder bzw. eine Gegenfinanzierung gibt. Es werden also keine neuen Schulden aufgenommen.